



# HESSISCHER LANDTAG

06. 07. 2021

## Kleine Anfrage

**Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten) vom 18.05.2021**

**Kommunale Partnerschaften mit Israel**

**und**

**Antwort**

**Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigten des Landes Hessen beim Bund**

### **Vorbemerkung Fragesteller:**

Die antisemitischen und antiisraelischen und leider auch antijüdischen Äußerungen und Aktionen auch im Lande Hessen müssen uns ermuntern, nicht nur sprachlich Solidarität zu bekunden. Praktische Angebote müssen folgen oder ausgebaut werden. Seit 1990 hat der Landkreis Hochtaunus eine regionale Partnerschaft mit Gilboa in Israel. Seit über 30 Jahren treffen sich Bürgerinnen und Bürger jeden Alters aus diesen beiden Regionen. Sie lernen sich kennen, sie lernen die Lebensbedingungen der Partner kennen, sie erleben die politischen und religiösen Umstände. Sie können sich sodann auch besser verstehen. Diese kommunalen Maßnahmen könnten Vorbildcharakter haben.

### **Vorbemerkung Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigten des Landes Hessen beim Bund:**

Die Hessische Landesregierung ist sich seit jeher ihrer besonderen Verantwortung für den Staat Israel und seine Menschen bewusst. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels gehören für Deutschland und auch für Hessen zur Staatsräson. Aktuelle antisemitische Ausschreitungen im Zusammenhang mit dem Israel-Gaza-Konflikt haben einmal mehr vor Augen geführt, wie zentral dieses Bekenntnis ist. Jüdinnen und Juden dürfen in Deutschland keine Anfeindungen und Anschläge auf Leib und Leben fürchten müssen. Daher sieht es die Landesregierung wie bisher als oberste Pflicht, Antisemitismus konsequent entgegenzutreten und sowohl mit allen Mitteln des Rechtsstaates gegen diesen Menschenhass vorzugehen als auch die zivilgesellschaftlichen Bande zwischen den Bürgerinnen und Bürgern beider Länder weiter zu stärken.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Hessen und Israel sind eng und freundschaftlich. Die Landesregierung sieht in Israel einen wichtigen Partner und Verbündeten in unterschiedlichen Politikbereichen, wobei die Beziehungen von hoher Wertschätzung füreinander geprägt sind. Ein wichtiger Bestandteil der Freundschaft mit Israel ist das persönliche Engagement zahlreicher Bürgerinnen und Bürger in Hessen. Auch im Falle Israels können kommunale Partnerschaften helfen, Vorurteile abzubauen, das Gegenüber kennenzulernen und gegenseitiges Verständnis weiter zu fördern. Israel wird in der medialen Berichterstattung häufig über den Nahostkonflikt wahrgenommen. Dies wird dem Land und seinen Menschen nicht gerecht. Israel ist ein buntes Mosaik unterschiedlicher Kulturen und zudem tolerant, weltoffen und gastfreundlich. Die Hochschullandschaft, die israelische Innovationskraft und seine Start-up-Kultur sind beispielhaft in der Welt.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei, dem Hessischen Minister des Innern und für Sport sowie dem Hessischen Kultusminister wie folgt:

Frage 1. Wie viele kommunale Partnerschaften gibt es zwischen Kreisen bzw. zwischen Städten und Kommunen aus Hessen mit Partnern in Israel?

Als Träger der kommunalen Selbstverwaltung gem. Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz sind Landkreise, Städte und Gemeinden nicht verpflichtet, ihre Partnerschaften und Kooperationen der Landesregierung zu melden. Daher liegen der Landesregierung keinerlei Daten zu kommunalen Partnerschaften zwischen hessischen und israelischen Kommunen vor.

Es gibt verschiedene Internetseiten, auf denen derartige Partnerschaften aufgelistet werden. So kann z.B. ein Überblick über internationale Partnerschaften, auch solche mit Städten und Gemeinden in Israel, in der im Internet verfügbaren Datenbank des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) abgerufen werden (<https://www.rgre.de/partnerschaft/online-datenbank>). Diese Datenbank wurde von den kommunalen Spitzenverbänden und der Deutschen Sektion des RGRE als Service für deren Mitglieder errichtet und umfasst ca. 7.200 Verbindungen.

Frage 2. Welche Partnerschaften sind dies genau?

Frage 3. Seit wann bestehen diese?

Die Fragen 2 und 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Auf die Antwort zur Frage 1 wird verwiesen. Nachfolgend findet sich eine beispielhafte und nicht abschließende Auflistung kommunaler Partnerschaften zwischen hessischen und israelischen Kommunen, die der genannten Datenbank der RGRE entnommen wurde:

- Frankfurt am Main – Tel Aviv (gegründet im Jahr 1980);
- Gießen – Netanya (gegründet im Jahr 1978);
- Kassel – Ramat Gan (gegründet im Jahr 1990);
- Offenbach am Main – Nahariya (gegründet im Jahr 1978);
- Wiesbaden – Kfar Saba (gegründet im Jahr 1981).

Frage 4. Welche Qualität in der Zusammenarbeit liegt der jeweiligen Partnerschaft zugrunde?

Es wird auf die Antwort zur Frage 1 verwiesen.

Frage 5. Welche inhaltliche, organisatorische und finanzielle Unterstützung stellt die Landesregierung jeweils zur Verfügung?

Frage 6. Welche inhaltliche, organisatorische und finanzielle Unterstützung ist die Landesregierung bereit, zur Anbahnung künftiger regionaler und kommunaler Partnerschaften zur Verfügung zu stellen?

Die Fragen 5 und 6 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Grundsätzlich werden interregionale Partnerschaften von den Kommunen in eigener Verantwortung vereinbart und gelebt. Dies trägt dem Wissen, der Erfahrung und dem Engagement der Menschen vor Ort Rechnung. Einer operativen Steuerung durch die Landesregierung bedarf es an dieser Stelle nicht.

Beim Aufbau und bei der Pflege kommunaler Partnerschaften leistet die Landesregierung aber im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktive Unterstützung, sofern dies gewünscht ist. Die Hessische Staatskanzlei unterstützt zudem Partnerschaftsaktivitäten hessischer Landkreise, Städte und Gemeinden im Rahmen der Projektförderung. Es werden hier nicht nur kommunale Partnerschaften gefördert, sondern auch Projekte von Partnerschaftsvereinen, Sportvereinen oder Schulen.

Die Europaabteilung der Staatskanzlei tritt darüber hinaus regelmäßig mit allen hessischen Kommunen in Kontakt. So werden von dem dort angesiedelten EU-Beratungszentrum Hessen z.B. sämtliche hessische Kommunen zu Regionalkonferenzen eingeladen, in denen unter anderem über Fördermöglichkeiten beraten und informiert wird. Auch werden von dort aus Ansprechpartner auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene zu den unterschiedlichen Fördermöglichkeiten vermittelt. In einzelnen EU-Programmen (z.B. Erasmus+) ist Israel als Partnerland integraler Bestandteil schulischer oder hochschulischer Initiativen.

Frage 7. Welche Rolle kann und wird in dieser Aufgabenstellung der Landeszentrale für politische Bildung bisher und insbesondere künftig zugeordnet werden?

Seit 1985 veranstaltet die Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) erfolgreich ihr Studienreisen-Programm nach Israel und ist im Kontext ihrer bisherigen inhaltlichen, organisatorischen und finanziellen Unterstützung der Anbahnung regionaler und kommunaler Partnerschaften mit Israel aktiv. Die Studienreisen sind ein Kernelement in der historisch-politischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, der deutsch-jüdischen Geschichte und dem Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, immer mehr aber auch mit dem Nahostkonflikt und seinen regionalen und globalen Implikationen. Vor Ort bieten die Studienreisen intensive Einblicke in Israels politische und kulturelle Vielfalt vor dem Hintergrund seiner historischen Prägung und seiner multiethnischen Gesellschaft. Im Kontext der Studienreise und darüber hinaus ist die HLZ mit kommunalen Partnerschaften zwischen Städten und Landkreisen aus Hessen mit Partnern in Israel in Kontakt und berät bzw. unterstützt diese nach Bedarf.

Das Programm der Studienreise wendet sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowohl mit als auch ohne tiefere Vorerfahrungen in und mit Israel. Oftmals sind dies Lehrkräfte, Angehörige von Hochschulen und Gedenkstätten oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst mit etablierten oder intendierten Partnerschaften mit Israel. Die HLZ ist zudem aktiv in der Gestaltung, Organisation und Finanzierung von Vorbereitungsseminaren für Gruppen, die kurz vor einem schulischen, städtischen, religiösen oder sonstigen Besuch oder Austausch mit Israel stehen oder einen solchen planen. Auch werden regelmäßig potenzielle Partner in Deutschland bzw. Israel vermittelt. In Absprache und Zusammenarbeit mit der „Servicestelle Internationale Begegnungen“ des Hessischen Kultusministeriums, der Ricarda-Huch-Schule in Gießen als beratende Institution für Schulaustausche, der Initiative „Austausch macht Schule“ sowie dem Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk (IBB) in Dortmund werden umfangreiche Beratungstätigkeiten für Gruppen aller Zusammenhänge und Hintergründe durchgeführt.

Schließlich sind regelmäßig israelische Referentinnen und Referenten sowie Zeitzeuginnen und Zeitzeugen in die Veranstaltungen der HLZ eingebunden und werben dabei für deutsch-israelische Partnerschaften. Aktuell geschieht dies insbesondere im Rahmen des Jubiläumsjahrs „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“.

Frage 8. In welchen kommunalen Partnerschaften mit israelischen Kommunen sind auch Schulpartnerschaften enthalten?

Frage 9. Wo werden diese angestrebt?

Die Fragen 8 und 9 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Auf die Antwort zur Frage 1 wird verwiesen. Unabhängig von bestehenden kommunalen Partnerschaften werden im Hessischen Kultusministerium die Schulpartnerschaften von Schulen in Hessen mit israelischen Schulen statistisch erfasst.

Wiesbaden, 6. Juli 2021

**Lucia Puttrich**